

Stadt Halle (Saale)
26.08.1999
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

**der 1. Sondersitzung des Hauptausschusses der Stadt
Halle (Saale)
am 25.08.1999 - ö f f e n t l i c h**

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16.00 Uhr bis 17.20 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste im Anhang der Niederschrift

Die 1. Sondersitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Hauptausschusses, Herrn Oberbürgermeister **Dr. Rauen**. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:
Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

Der Hauptausschuss stimmte der Tagesordnung zu.

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- TOP 01 Information zum Nachtragshaushalt 1999
- TOP 02 Information zur Vorschau auf den Haushalt 2000
- TOP 03 Anträge und Anfragen
- TOP 04 Mitteilungen

Zu TOP 01 - Information zum Nachtragshaushalt 1999

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** ging in seinen Ausführungen auch auf zwei Anfragen der HAL-Fraktion ein, die in Schriftform vorlagen (siehe Seiten 5 und 6 der Niederschrift) und verwies im übrigen auf die schriftliche Ausarbeitung der Verwaltung, die den Mitgliedern des Hauptausschusses vorlag: Im Vollzug des Haushaltes, in seiner eingeschränkten Form (vor dem Datum der offiziellen Wirksamkeit), sei bereits Ende Juni, Anfang Juli erkennbar und Ende Juli Gewissheit geworden, dass bestimmte Annahmen im Haushalt nicht Realität geworden seien bzw. es in diesem Jahr nicht würden.

Das beziehe sich u.a. auf die veranschlagten Gewerbesteuern, bei denen ein Fehlbetrag von etwa 10 Mio DM vorliege. Das habe weder vom Stadtrat, noch von der Verwaltung vorher-gesehen werden können- damit werde auf eine der Fragen der HAL-Fraktion geantwortet.

Durch Veränderung des Kindertagesstättenrechts habe die Stadt erhebliche zusätzliche Auf-wendungen, die sich für ein volles Jahr auf ebenfalls mehr als 10 Mio DM summieren. Für das Jahr 1999 sei ein Betrag von mehr als 2 Mio DM angesetzt worden, der sich jedoch auch erhöhen könne.

Infolge von Verrechnungen, die das Land in Bezug auf Zuschüsse für das Jahr 1997 vorgenommen habe, seien 2,26 Mio DM an Zuschüssen weniger gezahlt worden.

Es sei eine Überschreitung bei den Straßenreinigungsgebühren um 300 TDM und eine Minder-einnahme bei den Parkgebühren von 500 TDM zu verzeichnen. Es gebe weniger Konzessions-abgaben infolge der zurückgegangenen Energieumsätze, und man habe erhebliche Leistungs-rückstände des Landes im Hinblick auf Auslagen nach dem Asylbewerbergesetz.

Darüber hinaus sei die Zuweisung für die Georg-Friedrich-Händel-HALLE noch nicht in die Kasse geflossen und immer noch nicht für 1999 zugesagt.

Dies seien Gründe für das Ausbringen einer Haushaltssperre gewesen, um auf diese Art und Weise eine voraussichtliche Überschreitung der Haushaltsansätze zu verhindern.

Die Gemeindehaushaltsverordnung gebe dem Oberbürgermeister die Ermächtigung, in Fällen der Veränderung der Situation während eines laufenden Haushaltes mit einer Haushaltssperre den Versuch zu unternehmen, die Haushaltsentwicklung zu konsolidieren und zum Ende des Jahres zu einem ausgeglichenen Ergebnis kommen zu können.

Eine Haushaltssperre bedeute nicht, dass die Entscheidung des Stadtrates für den Haushalt an dieser oder jener Stelle zurückgenommen werde, sondern sie sperre zunächst nur die Ausgabe auf solchen Positionen, für die keine rechtliche Verpflichtung bestehe oder für die eine sonstige zwingende Begründung nicht vorhanden sei. Von dieser Haushaltssperre sei die übergroße Anzahl der Positionen des Haushalts nicht betroffen. Ob es bei den Sperrungen für einzelne Positionen bleibe, müsse der Stadtrat bei der Verab-schiedung des Nachtragshaushalts entscheiden.

Im Ergebnis der Klausurtagung der Verwaltungsspitze sei zu sagen, mit den Einsparungen, die man da zum Haushalt 1999 verabredet habe, und zu den Einsparungen, die voraussicht-lich durch eigene Reduzierung von Ausgaben erzielt werden, könne der Haushalt 1999 ausge-

glichen abgeschlossen werden, wenn nicht der Stadtrat im Oktober bei der Nachtraghaushaltsberatung andere Entscheidungen treffe.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, fragte, wann der Haushalt in seiner endgültigen Ausführung bestätigt worden sei.

Das sei am 04.08.1999 geschehen, antwortete Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**.

Herr **Dr. Meerheim** bat bis zur Stadtratstagung im September um eine Übersicht über die Mittel aus dem Vermögenshaushalt, die per 31.08.1999 kassenwirksam umgesetzt worden seien.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** verwies auf den vereinbarten vierteljährlich zu gebenden Bericht der Verwaltung.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, ging auf die vorgelegte Auflistung mit Sperrverfügungen ein und fragte, ob darin alle Sperrungen dargestellt worden seien und wie hoch die Summe der Einsparung sei, die sich aus diesen Sperrungen ergebe.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte, bei der Auflistung handle es sich nur um eine Information, die an die Ämter der Stadtverwaltung gegangen sei, es sei nicht die vollständige Sperrliste. Wenn eine Sperrung bei allen freiwilligen Ausgaben praktiziert würde, könnte die sich die Summe der Einsparung auf ca. 30 Mio DM belaufen, jedoch gebe es eine Reihe von Positionen, bei denen sich rechtliche Verpflichtungen herausstellen und die Sperre nicht greife. Die Verwaltung gebe davon aus, dass der Haushalt 1999 ausgeglichen gestaltet werden könne, so dass man nicht mit einer zusätzlichen Last in das Jahr 2000 gehe.

Herr **Prof. Schuh** sprach die beschlossenen Mittel für die Konzertreihe des Rundfunks an und fragte, ob zu diesem Zeitpunkt dieses Defizit noch nicht abzusehen gewesen sei.

Zu diesem Zeitpunkt, bei der Tagung im Juli, sei der Haushalt noch in der Genehmigungs-prozedur gewesen, antwortete Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**.

Herr **Kley**, F.D.P-Fraktion, ging auf den Vermerk des Regierungspräsidiums zur Genehmigung des Haushalts ein, dass die Eigengesellschaften ihre Wirtschaftspläne überarbeiten sollen. Seien in Zusammenhang mit der Haushaltssperre da schon Signale gekommen?

Ein Signal helfe da nichts, entgegnete Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**. Die kaufmännische Buchführung der Unternehmen sei nicht deckungsgleich mit den Haushaltsprinzipien der

Verwaltung. Den Unternehmen sei zur Auflage gemacht worden, die Zahlen so aufzubereiten, dass die Verwaltung sie in ihren Kategorien umsetzen könne. Das sei eine zwingende Voraussetzung dafür, gesetzeskonform z. B. die Gebührenbedarfsberechnungen in der Vorkalkulation und in der Nachkalkulation vornehmen zu können.

Herr **Kley** fragte weiter, ob Betriebe, die einen relativ hohen Zuschussbedarf haben, schon Überlegungen angestellt hätten, diesen Bedarf unter Berücksichtigung der allgemeinen Haushaltslage etwas einzuschränken.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte, die Betriebe seien nach wie vor der Meinung, dass dann, wenn sie viel Leistung bringen, sie auch viel Zuschüsse bekommen, und sie würden von wesentlichen Teilen des Stadtrates in dieser Auffassung bestärkt.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf die Effizienz bestehender Gebühren ein, z.B. bei der Hundesteuer. Seien Überlegungen angestellt worden, da wirksamer zu werden?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, der Einsatz, den man betreiben müsse, um Nachforschungen anzustellen, sei höher, als das, was als Ergebnis herauskomme.

Herr **Prof. Schuh** meinte, wenn von Zuschüssen bei Eigenbetrieben die Rede sei, dann müsse darauf hingewiesen werden, dass genauso gewaltige Beträge im gesamten Kulturbereich ausgegeben werden.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, fragte nach Planungen für eine Anpassung der KITA-Gebühren.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte, beim Thema Haushaltskonsolidierung im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt würden sämtliche Gebührenpositionen in allen Bereichen geprüft. Alle Ein- und Ausgabepositionen müssten unter die Lupe genommen werden.

Zu TOP 02 - Information zur Vorschau auf den Haushalt 2000

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, ausgehend von der Erwartung, dass der Ausgleich des Haushaltes 1999 mit den eingeleiteten Maßnahmen geschafft werde, werde man im Haushalt 2000 mindestens eine Lücke von 30 Mio DM haben. Die sich daraus ergebende Aufgabe werde keinen Bereich der Verwaltung ungeprüft lassen. Weil dies sehr sorgfältig getan werden müsse, könnten heute noch keinerlei Einzelheiten gesagt werden. Mit der Erhöhung von Gebühren allein werde das Defizit auf keinen Fall auszugleichen sein.

Herr **Dr. Meerheim** fragte, wann mit den Vorstellungen der Verwaltung zu rechnen sei.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** teilte mit, dass im Oktober der Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2000 gemeinsam mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt werde.

Herr **Dr. Meerheim** fragte, wie man sich die Arbeit der Ausschüsse dazu vorstelle. Eine Ausschusssitzung im Oktober werde voraussichtlich nicht genügen. Was hindere daran, die Ausschüsse im September arbeiten zu lassen? Die Fraktionen hätten die Mitglieder für die Ausschüsse benannt, also seien die Ausschüsse arbeitsfähig.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** widersprach, die Ausschüsse könnten selbstverständlich

zusammentreten, bedürftigen aber noch eines Beschlusses des Stadtrates zu ihrer Bildung.
Dabei müsse z.B. auch noch über das Ob und eventuell über die Anzahl von sachkundigen Bürgern beschlossen werden.

Herr **Doege** erinnerte an die Verständigung nach der Wahl, sich für den Monat September auf einen Modus zu einigen, in den beratenden Ausschüsse entsprechende Vorlagenberatungen durchzuführen.
Dagegen gebe es nach wie vor aus Sicht der Verwaltung keine Bedenken. Es handle sich gewissermaßen um Informationen und Meinungsaustausch, der eine Entscheidung im Rat zur Vermeidung von Zeitverlusten erleichtern könne

Zu TOP 03 - Anträge und Anfragen

Herr **Doege**, stellte den Antrag, sich in der Oktobertagung des Stadtrates darüber zu verständigen, ob in die beratenden Ausschüssen sachkundige Einwohner aufgenommen werden sollen und wenn ja in welcher Anzahl.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** regte an, sich bereits in einer Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden am 01.09.1999, 17.00 Uhr, darüber zu verständigen. Dazu müsste im Stadtrat dann ein formeller Beschluss gefasst werden.

Herr **Doege** erinnerte an die Beschlussvorlage zum Planungsverfahren Max-Lademann-Straße.
Seit der Debatte im Stadtrat dazu habe es mehrere Beratungen und Prüfungen gegeben.
Nach jetzt vorliegenden Erkenntnissen sei die Vorlage, die schon im Planungsausschuss beraten worden sei, nur geringfügig abweichend vom damaligen Beratungsergebnis. Es sollte nunmehr möglich sein, diese Vorlage im September erneut einzubringen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, sagte zu zu prüfen, ob alle Abwägungen abgeschlossen seien. Gegebenenfalls werde die Vorlage im September eingebracht.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, ging auf die Anfragen ihrer Fraktion ein, die teilweise schon beantwortet worden seien bzw. zu denen eine schriftliche Antwort vorliege. Sie bat um Antwort auf die Frage, wie sich die Haushaltssperre auf Wohlfahrtsverbände und freie Träger der Jugendhilfe, die Leistungen für die Stadt erbringen, auswirken werde.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, die Amtsleiter des Sozialamtes, des Jugendamtes

und der Verwaltung Kindertagesstätten hätten die freien Träger über die Haushaltssituation informiert. Sie müssten also davon ausgehen, dass es auch Kürzungen in dem Bereich der Zuwendungen gebe werde. Das könnten etwa 15% bis 20 % sein. Die Bewilligungsbescheide stünden immer unter dem Haushaltsvorbehalt. In den nächsten Wochen werde man im Detail beraten, wie man vorgehen wolle, auch um bestehende Projekte nicht zu gefährden. Man werde sich daran orientieren müssen, was man sich noch leisten könne.

Frau **Wolff** fragte, welche Projekte, Vereine, Initiativen dann dadurch in ihrer Existenz bedroht seien, da die Bewilligungsbescheide noch nicht an die freien Träger ergangen seien.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** informierte, dass sie sich mit den Ligavertretern verständigt habe, dass sich die Ämter in der nächsten Woche zusammensetzen werden. Ziel sei es, kein Projekt im Jahr 1999 zu gefährden.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, sprach den Abbruch der Brücke Dieselstraße an. Er habe in Erinnerung, dass es eine vertragliche Vereinbarung mit der Firma gebe, wonach die Brücke abgerissen werde, wenn die neue Brücke da sei. Die Firma wolle nun Schadenersatzforderungen gegen die Stadt stellen. Er fragte, wer es zu verantworten habe, dass die Arbeiten nicht koordiniert vorgenommen worden seien. In welche Höhe sei mit Schadenersatzforderungen zu rechnen?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, die Frage könne er im Moment nicht beantworten; sie sei auch für ihn erst kurzfristig aufgetaucht. Es sei in der Tat so, dass er davon ausgegangen sei, dass die Ersatzbrücke so verschwenkt worden sei, dass die neue Brücke dann gebaut werden könne. Vor kurzer Zeit sei er darauf aufmerksam gemacht worden, dass das nicht gehe. Es wäre nur möglich gewesen, indem man noch komplizierte und teure Stützbauwerke gebaut hätte. Wieso es dazu gekommen sei, dass die Ersatzbrücke zu nah gebaut worden sei, werde geprüft.

Herr **Prof. Schuh** stellte eine weitere Frage: Warum würden die Gehwege im Bereich der „Schwemme“, die vor einigen Jahren erst neu errichtet worden seien, wieder abgerissen und erneut gebaut?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** dankte für den Hinweis, dem man nachgehen werde.

Zu TOP 04 - Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen abgegeben.

Damit wurde die 1. öffentliche Sondersitzung des Hauptausschusses beendet.

Dr. Rauen
Oberbürgermeister und
Vorsitzender des Hauptausschusses

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian